
Das Politische in der Ökonomie

Zur Machtvergessenheit der Wirtschaftswissenschaft

»Die Rückkehr der politischen Ökonomie in die Zeitgeschichte« – so lautete im vergangenen Jahr der Titel des 8. *Berliner Colloquiums zur Zeitgeschichte*. Aber war die politische Ökonomie zwischenzeitlich wirklich verschwunden? Es mag zwar sein, dass ihr die Historiker verglichen mit anderen Fachgebieten in den vergangenen Jahrzehnten weniger Aufmerksamkeit schenkten. Aber deswegen ist die politische Ökonomie doch nicht weniger relevant für die weltgeschichtlichen Entwicklungen gewesen, denen sich die Historiker in aller Regel zuwenden. Warum wurde sie trotzdem nicht mehr als Methodik oder Forschungsansatz genutzt? Der vorliegende Essay versucht, diese Frage zu beantworten. Ein ähnliches Problem trieb übrigens auch die Wirtschaftswissenschaftler um, denen das Verschwinden der Wirtschaftsgeschichte und der Theoriegeschichte der Ökonomie aus ihrer Disziplin aufgefallen war. Um Abhilfe zu schaffen, lud das *Institute for New Economic Thinking* zwei Monate nach dem Berliner Treffen Ökonomen und Wirtschaftshistoriker zu einer Diskussion nach Cambridge, Massachusetts, ein. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die Wirtschaftsgeschichte wieder eine gewichtigere Rolle sowohl in den wirtschaftswissenschaftlichen als auch den historischen Fakultäten erlangen könnte.

Beide Treffen, an denen der Autor teilnahm, gingen, wie sicherlich auch andere Konferenzen zu diesem Thema, an denen er nicht beteiligt war, von derselben Prämisse aus: Sinnvolle Ansätze zur Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft werden kaum noch genutzt, obwohl sie doch wichtige und durchaus auch notwendige Einsichten zutage fördern. Für die Wirtschaftswissenschaftler scheint nur noch der »Mainstream«-Ansatz zu zählen, das heißt, die scheinbar unumstößliche »makro-« und »mikroökonomische« Theorie, die in der allgemeinen Gleichgewichtstheorie gipfelt und in partiellen Differenzialgleichungen dargestellt wird. Die Historiker wiederum machten die Erfahrung, dass sich die Aufmerksamkeit von Nachwuchswissenschaftlern, Intellektuellen und der breiten Öffentlichkeit seit mehr als einem Jahrzehnt fast nur noch auf die Sozial- und Kulturgeschichte sowie auf die Geschichte internationaler und innerstaatlicher Konflikte richtet. Die Wirtschaftsgeschichte, die ökonomische Theoriegeschichte und die Geschichte der politischen Ökonomie fanden sich in den Hintergrund gedrängt. Jetzt aber meldet sich, worüber zwischen den

Teilnehmern der beiden Treffen Einigkeit herrschte, die politische Ökonomie zurück – was auch mehr als wünschenswert sei.

I. Eine Wirtschaftslehre für schlechte Zeiten

Was wir heute als politische Ökonomie bezeichnen, ist – vereinfacht gesagt – ein Analyseansatz, der aus Krisensituationen oder Marktversagen hervorgegangen ist. Historiker und Publizisten durchforschen die Geschichte nach Vorläufern von und Analogien zu gegenwärtigen Problemlagen. Wenn die politische Ökonomie als Werkzeug historischer Analyse zurückkehrt, kehrt sie also automatisch auch in die aktuelle Politik zurück. Politische Ökonomie steht wieder auf der Agenda der Historiker, eben weil sie auf der politischen Agenda ist. Sozialwissenschaftler verfolgen keine Interessenpolitik, aber das bedeutet nicht, dass ihre Forschungsschwerpunkte uninteressant und ohne Belang wären. Seien wir ehrlich: Es ist die Krise, die das Interesse an der politischen Ökonomie wiederaufleben lässt. Wir durchstöbern die Vergangenheit auf der Suche nach Orientierung und vergleichbaren Situationen, auch wenn sie nicht immer passen. Befürchten wir einen möglichen Zusammenstoß der Großmächte im Südchinesischen Meer? Dann lesen wir bei Thukydides nach, was er über den Niedergang Athens schrieb. Sorgen wir uns, dass Krisen zu Kriegen eskalieren könnten? Dann blicken wir zurück auf den Sommer des Jahres 1914. Sind wir beunruhigt über die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage in Europa? Dann befassen wir uns mit der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise. Historiker laben sich gewissermaßen an früheren Katastrophen.

Die Wirtschaftsgeschichte war in Wirklichkeit gar nicht verschwunden, doch spielte sie in den letzten 20 Jahren nur mehr eine Nebenrolle. Allerdings spiegelte die Wirtschaftsgeschichte in den Arbeiten von David Landes, Alexander Gerschenkron und anderer Autoren der vorangegangenen Generation die guten Zeiten der Jahre nach 1948 wider – »les Trente Glorieuses«, wie Fourastié die Epoche nannte. Es war eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums. Damit wurde eine Agenda verfolgt, wie Gerschenkron offen zugab, in der die britische Industrialisierung das Modell lieferte und die dann nach Erklärungen suchte, warum andere Länder vom britischen oder angelsächsischen Königsweg abgewichen waren. Nach dieser Auffassung war Frankreich langsam, waren Deutschland und Russland Spätentwickler, während die meisten osteuropäischen Staaten (und selbstredend Afrika und Asien) schlicht zurückgeblieben waren. Immerhin ließen sich die Geheimnisse des »nachhaltigen Wirtschaftswachstums«, in Kuznets' Worten, auch auf diese rückständigen Volkswirtschaften anwenden. Wachstum und Entwicklung zu

sichern stellte für die Ökonomen eine heroische Aufgabe dar, und wer sich ihrer annahm, blickte nach vorne, keinesfalls zurück. Man war bereit, die Lektionen der Geschichte zu beherzigen, nämlich zu lernen, wie Wachstum in Gang gesetzt und verstetigt werden kann, und setzte den eingeschlagenen Weg fort.

Diese geschichtswissenschaftliche Agenda hatte ungeachtet der Tatsache Bestand, dass auf die ersten drei Nachkriegsjahrzehnte eine Dekade der Stagflation folgte. Denn Mitte der 1980er Jahre war das Wachstum zwar längst nicht mehr so beeindruckend wie in den 1950ern und 1960ern, aber doch immer noch robust – zumal im Vergleich zu den sozialistischen Staatswirtschaften, die auf den Zusammenbruch hinsteuerten. Die westlichen Volkswirtschaften wiesen überdies nicht nur Wachstum auf, sondern auch geringere konjunkturelle Ausschläge. Die Ökonomen, die die Krise von 2008 zu bekämpfen hatten, wie Ben Bernanke von der US-Notenbank Fed und Olivier Blanchard vom Internationalen Währungsfonds (IWF), schrieben gelehrte Abhandlungen über diese Abflachung der Konjunkturschwankungen, ein Phänomen, das sie als die »Great Moderation« bezeichneten. Eine Erklärung der »Großen Mäßigung« schien nicht weiter kompliziert zu sein: Sie war den solide agierenden Notenbanken zu verdanken, die gelernt hatten, die Geldmenge korrekt zu steuern. Der Fiskalpolitik kam dieser Lesart nach eine eher passive Rolle zu. Sie sei für eine höhere Staatsverschuldung verantwortlich, so eine häufig gehörte Kritik, trage aber nicht genug zur volkswirtschaftlichen Feinsteuerung bei. Wirtschaftsexperten neigten zu einer ziemlich selbstgefälligen Darstellung der Dinge: Die keynesianische, an der Phillips-Kurve orientierte Politik, die auf relative Vollbeschäftigung wie in den 1950er und 1960er Jahren zielte, war in den 1970er Jahren zweifellos außer Kontrolle geraten. Doch schien eine Korrektur dieser Politik durch eine (dem Monetarismus entlehnte) strenge Geldpolitik möglich, in der auch die Inflationserwartung Berücksichtigung fand. Gegen Ende der 1980er war dank der neoklassischen Synthese, die sich auch in der Politik niederschlug, die Stagflation der 1970er weitgehend überwunden. So blickten die Ökonomen nun mit dem gleichen selbstgerechten Stolz auf ihre Disziplin wie die Physiker auf ihr sogenanntes »Standardmodell«, das in triumphaler Weise die fundamentalen Kräfte und Teilchen erklärte (von ein paar ungelösten Probleme wie der Integration der Schwerkraft in das Modell und der verwirrenden Rolle der Dunklen Materie und Dunklen Energie einmal abgesehen).

Hierzu noch eine persönliche Nebenbemerkung: Als der Autor vor rund einem halben Jahrhundert im College einen Grundkurs in Volkswirtschaft belegte, hörte er die gleiche Selbstbeweihräucherung: Der moderne Keynesianismus der 1960er Jahre habe das Rätsel gelöst,

wie durch Nachfragesteuerung große Wirtschaftskrisen vermieden werden können. Die 1970er zeigten dann bekanntlich, dass die keynesianischen Rezepte das System inflationsanfällig machten und dass sie deshalb korrigiert werden mussten. In den 1980er oder 1990er Jahren aber schienen selbst diese Probleme überwunden zu sein.

Natürlich gab es auch eine Wirtschaftsgeschichte schlechter Zeiten, die freilich dazu dienen sollte, behebbare Fehler dingfest zu machen. Zu den wichtigsten Werken dieser Schule gehören Milton Friedmans und Anna Schwartz' *Monetary History of the United States* von 1963 und aus jüngerer Zeit Carmen Reinharts und Kenneth Rogoffs *This Time it's Different. Eight Centuries of Financial Folly*¹ aus dem Jahr 1999. Friedman und Schwartz erkannten die Ursachen der Weltwirtschaftskrise in einer Serie grundlegender, wiewohl vermeidbarer Fehler, etwa in der Straffung der Geldpolitik angesichts einer Situation, wo eine Lockerung geboten gewesen wäre. Reinhart und Rogoff analysierten typische Mentalitäten, die der übermäßigen Ausweitung des Kredits zugrunde liegen, und deren traurige Folgen. Natürlich war der Titel ihres Buches ironisch gemeint. Beide Werke legten dar, dass Politiker zu dummen Fehler neigen, konnten im kapitalistischen System als solchem allerdings keinen notwendigen Auslöser für derartige Fehler verorten. Es war der keynesianische Abweichler Hyman Minsky, der dem System, und nicht denen, die es managen, die Schuld zuwies. Seiner Auffassung nach erzeugte das überschwängliche Wachstum geradezu zwangsläufig Schuldenexzesse und die Überbewertung von Vermögenswerten. Solche Entwicklungen, die sogenannten »Minsky-Momente«, betrachtete er als integralen Bestandteil des Kapitalismus, während Reinharts und Rogoffs Kreditexzesse beziehungsweise die von Friedman und Schwartz beschriebene Inkompetenz eher als ein Problem willensschwacher oder sturer Notenbanker erschienen. Minskys Ansatz führt ein Element systemischer Verwundbarkeit in die Wirtschaftsgeschichte ein, das charakteristisch für die politische Ökonomie ist.

II. Die Bedeutung der politischen Ökonomie

Politische Ökonomie ist also keineswegs gleichbedeutend mit Wirtschaftswissenschaft, auch wenn beide Begriffe im 18. Jahrhundert noch mehr oder weniger synonym verwendet wurden. Amerikanische Ökonomen lehnen den Begriff als Beschreibung ihrer Tätigkeit ab, weil sie die politische Ökonomie für parteiisch und nachgerade unwissenschaftlich halten. Ihr fehle die nötige Strenge. So gilt politische

¹ Auf Deutsch erschienen unter dem Titel *Dieses Mal ist alles anders. Acht Jahrhunderte Finanzkrisen*, München 2010.

Ökonomie mittlerweile als eine Form der Wirtschaftsanalyse, die mit einer bestimmten Einstellung verbunden ist, als eine Methode, die wissenschaftliche Ansprüche zugunsten politischer Interessen hintanstellt. Doch lässt sich die Differenz, die in den zwei Begriffen an klingt, durchaus präziser verstehen: Die Wirtschaftswissenschaften – sowohl die Volkswirtschaftslehre als auch die Wirtschaftsgeschichte – beziehen sich in aller Regel auf die Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft als Grundeinheit. Sie nehmen Schätzungen des Wachstums, des Volkseinkommens, der Produktivitätsraten etc. im Wesentlichen auf nationalstaatlicher Ebene vor. Vertreter der politischen Ökonomie hingegen beobachten eine segmentierte Wirtschaft, in der unterschiedliche Sektoren, sei es Regionen, Klassen oder Interessengruppen, je eigene Interessen verfolgen, die freilich ihrer Natur nach mit anderen Interessen in Konflikt geraten. Bekanntlich versah Karl Marx *Das Kapital* mit dem Untertitel »Kritik der politischen Ökonomie«, doch existierte eine politische Ökonomie lange vor ihm. Wissenschaftler des 18. Jahrhunderts wie Anne Robert Jacques Turgot, Pietro Verri oder Adam Smith befassten sich in ihren wegweisenden und eleganten Untersuchungen mit optimalen (und kontraproduktiven) steuer- und fiskalpolitischen Ansätzen. Anfang des 19. Jahrhunderts schrieb Thomas Malthus in einem berühmt gewordenen Brief an David Ricardo, das zentrale Thema der politischen Ökonomie – er meinte damit die Wirtschaftswissenschaften im weitesten Sinn – sei nicht etwa die Erzeugung des nationalen Sozialprodukts, sondern dessen Verteilung. Die eigentliche Frage laute, wie sich die Aufteilung des Kuchens rational begründen lasse.

Genau an diesem Punkt begannen die politische Ökonomie und die modernen Wirtschaftswissenschaften sich auseinanderzuentwickeln. Damals wie heute halten die Vertreter der politischen Ökonomie politische Entscheidungen für ausschlaggebend, soweit es um die Verteilung des Sozialprodukts auf die verschiedenen Sektoren geht. Besonders anhaltend war der Streit um die Zölle. Für die Anhänger des Freihandels war die Erhebung von Zöllen ein Missbrauch politischer Privilegien und ein Relikt elitärer Aristokratien. Sie entwickelten ein analytisches Verfahren, das vom aggregierten Nationaleinkommen als Grundeinheit ausging. Dieser im Verlauf des 19. Jahrhunderts weiterentwickelten Analyse zufolge sollten die verschiedenen Teile der Gesellschaft, die jeweils unterschiedliche Ressourcen oder Produktionsmittel kontrollieren, je nach ihrem Beitrag zum gesellschaftlich erreichten Wohlstand entlohnt werden. Die Vergütung von Arbeit und Kapital bemisst sich folglich nach der Bewertung des jeweiligen Beitrags dieser Faktoren zum Endprodukt. Jeder Produktionsfaktor nimmt also das ein, was der Markt – diese riesige kollektive Verrechnungsstelle für Informationen

und Wünsche – hergibt. Gleichzeitig entscheidet das Marktgeschehen auch darüber, was und wie viel jeder Faktor bereitstellen muss. Politische Interventionen wie gesetzliche Mindestlöhne oder Absprachen, die den freien Wettbewerb behindern, also etwa gewerkschaftliche Streikdrohungen, die Bildung von Preiskartellen oder die Manipulation des Libor², können das Ergebnis verändern, gehen damit aber stets zu Lasten einer möglichst effizienten Produktion. Solche nicht markt-konformen Aktivitäten sorgen nämlich für »Renten« oder materielle Vorteile bei denjenigen, die über genügend Macht verfügen, um sich über den Markt hinwegzusetzen.

Die modernen Wirtschaftswissenschaften haben diesen Ansatz über die letzten 200 Jahre hinweg durch immer ausgefeiltere mathematische Modelle verfeinert. Ökonomen aus Großbritannien, den USA, der französischen Schweiz, Österreich, Italien und Schweden haben zu dieser Verfeinerung beigetragen – nur die Deutschen hielten sich mit ihrer Überzeugung abseits, dass der Staat, die Klassenstruktur und politische Entscheidungsprozesse die Schlüssel zum Verständnis der Wirtschaft lieferten. (Die Arbeiten von Johann Heinrich von Thünen im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts stellen eine zwar brillante, freilich kaum gewürdigte Ausnahme dar.) Den deutschen Ökonomen erschien der Freihandel – der, wie die Briten unter Beweis gestellt hatten, mehr Wohlstand schuf als aller Protektionismus – lediglich als ein Verfahren, um die wirtschaftliche Entwicklung ihres eigenen Landes zu behindern. Die Briten gingen von einer post-merkantilistischen Welt aus, in der Rivalitäten zwischen nationalen Mächten keine nennenswerte Rolle mehr spielen. Den Deutschen hingegen, die gerade ihre nationale Einheit errungen hatten, schien die britische Sichtweise nur die eigennützige Maskierung politischer Absichten zu sein. Zweifellos beruhte die deutsche Tradition, wie sie im späten 19. Jahrhundert dann als Ältere und Jüngere Historische Schule gefeiert wurde, weniger auf eigenen intellektuellen Kapazitäten als vielmehr auf der Macht von Universitätsfakultäten, innerakademischen Traditionen und der Reputation derer, die an der Reichsgründung beteiligt waren. Ende des 19. Jahrhunderts, als deutsche Mathematiker und Physiker mit ihren Arbeiten zum Elektromagnetismus und zur Quantentheorie, von der speziellen und allgemeinen Relativitätstheorie ganz zu schweigen, an die Spitze der Forschung drängten, verzichteten die deutschen Ökonomen darauf, sich an den entsprechenden Fortschritten in der Wirtschaftstheorie zu beteiligen. Erst durch die Internationalisierung der Fachrichtung in den vergan-

2 London Inter-Bank Offered Rate, ein täglich von den großen Banken festgelegter Zinssatz, zu dem sich die Banken gegenseitig Geld leihen [A. d. Ü.].

genen drei Jahrzehnten hat die deutsche Volkswirtschaftslehre wirklich damit begonnen, ihre selbst gewählte Rückständigkeit aufzuholen.

Selbstverständlich hat die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre das Vertrauen in die liberalen klassischen Ökonomen erschüttert. Außerdem führten die beiden Weltkriege überall zu massiven staatlichen Interventionen in die Wirtschaft. Die keynesianische Nachfragetheorie schien in dieser Situation zunächst eine größere Herausforderung für die intellektuelle Struktur der Wirtschaftstheorien in der Zwischenkriegszeit zu sein, wurde faktisch jedoch durch eine neue neoklassische Synthese absorbiert. Das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit wirkte wie eine Bestätigung dieser nun breiter angelegten Theorie. Die Stagflation der 1970er Jahre stellte die orthodoxe Theorie ein weiteres Mal ernsthaft in Frage. Doch auch diese Bedrohung konnte überwunden werden, diesmal dank einer Korrektur nach rechts (Stichwort Monetarismus und Unabhängigkeit der Notenbanken). Womöglich noch entscheidender war freilich, dass sich das einzige rivalisierende System im Angebot, also der Staatssozialismus mit seiner zentralen Planwirtschaft, Ende der 1980er Jahre schmachvoll selbst zerstörte. Krachend waren die sozialistischen Ökonomien gescheitert. Dem kapitalistischen Westen ständig hinterherzuhinken, wurde zu einem unhaltbaren Zustand, sobald der Vergleich zwischen den Systemen möglich wurde. Die Bevölkerungen im damaligen »Osteuropa« verloren den Glauben an eine bessere und nicht allzu ferne Zukunft, glaubten vor allem nicht mehr daran, wie noch zu Chruschtschows Zeiten, dass die rosigen Aussichten auf eine bessere Zukunft die Mangelwirtschaft der Gegenwart rechtfertigten. Als die sozialistischen Systeme schließlich zusammenbrachen, gab es, um es mit Margaret Thatchers brutaler Weisheit zu sagen, »einfach keine Alternative mehr«.

Nichts rückt das Scheitern, wie Hegel und Marx auf je eigene Weise nahelegten, in so greifbare Nähe wie der Erfolg. Zumindest sorgt gerade der unübersehbare Triumph für ein Gefühl der Beängstigung. Niemand kann das Ende des Kapitalismus vorhersagen, allein schon deshalb nicht, weil keine Alternative in Sicht ist. Gleichwohl hat die seit 2008 andauernde Krise, der heftigste Rückschlag für die wirtschaftliche Entwicklung des Westens seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren, die Grundlagen der neoklassischen Synthese zutiefst erschüttert und damit zugleich die alternative Herangehensweise, also die politische Ökonomie, mit größerer Überzeugungskraft versehen. Was wäre, wenn sich die Verteilung des Reichtums in einer Gesellschaft nicht automatisch aus dem Beitrag einzelner gesellschaftlicher Gruppen zum Sozialprodukt ergäbe? Was wäre, wenn Steuerpolitik und staatliche Subventionen die Besitzer von Ersparnissen und Kapital, ob nun bewusst oder unbewusst, bevorzugten? Was wäre, wenn es

keinen zwingenden Grund dafür gäbe, dass ein Hedgefondsmanager zehnmal so viel verdient wie ein Medizinprofessor, der seinerseits zehnmal so viel verdient wie die Krankenschwester, die seinen Patienten auf dem Operationstisch überwacht und deren Lohn dreimal so hoch ist wie der einer Immigrantin, die ihr als Angestellte in der Krankenhauskantine das Essen serviert, und die ihrerseits das fünffache Einkommen ihrer in Guatemala oder Bangladesch zurückgelassenen Verwandten bezieht? Was, wenn es keinen überzeugenden Grund gäbe, warum Warren Buffett einen niedrigeren Steuersatz zahlen sollte als seine Sekretärin und der Einkommensteuersatz des ehemaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten nur halb so hoch sein sollte wie der eines durchschnittlichen amerikanischen Steuerzahlers? Was, wenn es weiter auch keinen guten Grund dafür gäbe, dass die Spitzenbanker und Fondsmanager, die verantwortlich für eine katastrophale Blase nebst anschließendem Preisverfall von Vermögenswerten waren und derentwegen Hunderttausende Familien in den USA ihr Haus verloren haben, weiterhin Boni in Millionenhöhe für die Verwaltung unserer Ersparnisse fordern? Was wäre – eine noch viel grundsätzlichere Frage –, wenn überdies die fundamentalen mikroökonomischen Annahmen über rationales Verhalten fehlerhaft wären? Nehmen wir nur einmal an, die Märkte könnten die Reaktion von Verbrauchern und Produzenten auf ihr zukünftiges kollektives Verhalten gar nicht korrekt einpreisen (George Soros nennt es das Reflexivitätsproblem).

In der Summe war die politische Ökonomie eine Form ökonomischer Analyse, der zufolge all diese Merkwürdigkeiten womöglich nicht Ergebnisse eines kollektiven, marktbasierten Allokationsprozesses sind, den kein gesetzgeberischer Eingriff verbessern kann. Sie betonte, dass der Verteilung des Sozialprodukts mindestens die gleiche Bedeutung wie der Förderung von dessen Wachstum zukommt. Ihre Vertreter teilten dabei nicht einmal John Rawls' Überzeugung, wonach wachsende Ungleichheit tolerabel ist, solange es dadurch niemandem schlechter geht. Und weil die politische Ökonomie nun wieder eine Rolle für die Politik spielt, kehrt sie auch wieder in die Geschichtswissenschaft zurück.

III. Die globale Dimension und die lange Sicht

Die Vorstellungen der politischen Ökonomie fanden auch deswegen keine Verwendung mehr, weil sie mit der marxistischen Prognose einer finalen Krise des Kapitalismus in Verbindung gebracht wurden. Zudem fiel die Gesellschaftsanalyse der politischen Ökonomie generell allzu simplistisch aus. Interessenkonflikte wurden in sich geschlossenen Klassen mit gegensätzlichen Interessen zugeschrieben: Eine Arbeiterklasse von Lohnempfängern stand Kapitalisten gegenüber,

die Arbeiter beschäftigten und Profite oder Dividenden einstrichen. Doch hat sich die Idee der Klasse als eines in der Geschichte handelndes Subjekt aufgelöst. Im öffentlichen Diskurs der Vereinigten Staaten wird inzwischen nur mehr zwischen »Wall Street« und »Main Street« unterschieden, zwischen dem Finanzsektor und dem Rest der Gesellschaft, was wohl kaum als Beitrag zu einer präzisen Analyse gelten kann. Selbst ein Präsident der Demokratischen Partei will vor allem die Mittelklasse ansprechen, die vermeintlich alle außer die Menschen am allerobersten und am alleruntersten Ende der Einkommensskala umfasst. Die Vorstellung einer »Arbeiterklasse« scheint völlig aus der Zeit gefallen. In den USA verwandelten Pensionsfonds die Angestellten im öffentlichen Dienst und die Mitglieder der großen Gewerkschaften in kollektive kapitalistische Investoren. Allenfalls Angehörige rassistischer und ethnischer Minderheiten gelten noch als Ausgebeutete. Der marxistischen politischen Ökonomie, die das Fortdauern der durch den Kapitalismus geschaffenen sozialen Klassen postulierte, zum Trotz leben wir in einer Welt, in der sich die unterschiedlichsten Interessen- und Reformkoalitionen bilden. Sie sind instabil und in ständiger Entwicklung begriffen. Wie aber lassen sich widersprüchliche Interessen innerhalb des Wirtschaftssystems diskutieren, wenn wir keine gesellschaftlichen Akteure sehen, in denen sich solche Interessen verkörpern? Die der politischen Ökonomie zugrunde liegende Soziologie muss sich mit Prozessen beschäftigen, nicht mit unveränderlichen Bevölkerungen.

Das Problem hängt zumindest teilweise auch damit zusammen, dass ökonomische Analysen nationale Volkswirtschaften immer noch als autonome Einheiten unabhängig von der globalisierten Weltwirtschaft betrachten. Lange hat sich die politische Ökonomie nur mit den in Auseinandersetzung begriffenen Gruppen innerhalb des Nationalstaats befasst. Wie aber steht es um einen Blick von außen, der die globale Arbeitsteilung und Wohlstandsverteilung berücksichtigt? Mangel, Reichtum und Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, den Zugang zu Bildung oder zu öffentlichen Ämtern (wodurch auch das Geschlechterverhältnis ins Spiel kommt) müssen auf einer globalen Ebene untersucht werden.

Ein Blick über die nationalen Grenzen hinaus lässt erkennen, dass die Krisen seit 2008 gerade keine weltweiten Katastrophen sind. Zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt haben sie eine wesentlich schmalere Schneise der Verwüstung hinterlassen als die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Und einige der Entwicklungen, über die westliche Ökonomen klagen, sind keineswegs globale Phänomene. So mögen die auf die Lage in ihren jeweiligen Ländern fixierten Amerikaner und Europäer die wachsende Ungleichheit beklagen. Auf globaler Ebene

spricht jedoch einiges dafür, dass die Gleichheit zugenommen hat. »Die unterste Milliarde«, um es mit einem Buchtitel von Paul Collier auszudrücken, lebt inzwischen eher von zwei Dollar pro Tag als von einem, wie sie es in den Jahrzehnten vor der aktuellen Krise tat. Die afrikanischen Länder, die lange in einem Zustand der Unterentwicklung gefangen schienen, bringen es inzwischen zu einem gewissen Wohlstand. Dank des Wachstums in China, Indien, der Türkei, Brasilien und Indonesien erzielt eine riesige Zahl von Menschen ein Einkommen, das über das Lebensnotwendige hinausgeht. In immer mehr Gesellschaften führt der demografische Wandel zu geringeren Geburtenraten und einer höheren Lebenserwartung. Gewiss, die rasante Entwicklung in Asien ließ dort eine neue Klasse von Millionären heranwachsen. Auch wenn diese Gesellschaften von Ungleichheit gekennzeichnet sind, dürfte für die Weltbevölkerung als Ganze der Gini-Koeffizient, der den Grad der Ungleichheit angibt, in den letzten beiden Jahrzehnten gesunken sein.

Dehnt man die Analyse auf mehrere Jahrzehnte aus, wird zudem deutlich, dass die westlichen Gesellschaften die Auswirkungen von Kredit- und Vermögensblasen früher minimieren konnten, indem sie den Kreditboom und die damit einhergehenden Kosten in die Dritte Welt verlagerten. Amerikanische und britische Banken pumpten billiges Geld in den globalen Süden ebenso wie in ihr eigenes Hinterland. Zwar kam es daraufhin auch zu Hause zu einigen schmerzlichen Episoden, wie zum Beispiel der Dotcom-Blase. Vor allem hatten aber die Gesellschaften in Lateinamerika und Asien – in Mexiko, Argentinien oder in Thailand – unter der drastischen wirtschaftlichen Schrumpfung zu leiden, die durch die exzessive Darlehensvergabe in den 1990ern verursacht worden war. Da diese Länder daraufhin vom Internationalen Währungsfonds gezwungen wurden, sich an die Spielregeln zu halten, fand die übermäßige Aufnahme von Fremdkapital im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts notgedrungen in den USA und Europa statt. Dort mussten die Schulden finanziert werden. Hätte sich China nicht entschlossen, weiter in amerikanische Staatsanleihen zu investieren, wären die Folgen für die US-Wirtschaft noch viel schlimmer ausgefallen.

War die 2008 ausgebrochene Krise, die bis heute in Europa dramatische Verwerfungen nach sich zieht, also mehr als das bloße Ergebnis falscher politischer Entscheidungen? Mehr als das Resultat einer geradezu manischen Fixierung auf Inflationsgefahren ohne Rücksicht auf Arbeitslosigkeit und Armut? Die Politiker und Unternehmensführer, die die Vorzüge der Sparpolitik gegenüber der Bevölkerung im In- und Ausland priesen, hatten unter deren Nachteilen kaum zu leiden. Den Gürtel enger schnallen – damit ist üblicherweise der Gürtel

anderer gemeint. Seltsam nur, dass ausgerechnet die Champions einer Austeritätspolitik um jeden Preis zuvor Verfechter ebender monetären Analyse von Friedman und Schwartz gewesen waren, die die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre auf den damaligen Deflationswahn zurückgeführt hatte. Hier zeigt sich die fatale Neigung von Ökonomen, immer nur den aktuellen Konjunkturzyklus zu betrachten und die vorangegangenen zu vergessen. Die Mainstream-Ökonomie leidet allzu oft an Amnesie. Jede Generation von Wirtschaftspolitikern nimmt sich bestimmte Parameter als Leitgestirn und wirft damit die der vorherigen Generation über Bord. Übersehen wird dabei, dass ähnliche Maßnahmen vielleicht drei Jahrzehnte zuvor schon einmal fehlgeschlagen sind. Der Gold-Devisen-Standard der Zwischenkriegszeit, ein impliziter Vollbeschäftigungsstandard (zumindest außerhalb Westdeutschlands) zwischen 1948 und 1973, der Monetarismus der 1970er und 1980er, eine Phase hoher Vermögenspreise in der Ära Alan Greenspan und schließlich bis in die jüngste Zeit die einseitige Konzentration auf die Höhe der Staatsverschuldung – all dies zeigt, wie das politische Pendel stets hin- und herschwang. In jeder Phase wurde versucht, die Fehler der vorherigen zu korrigieren, indem man zur Politik der vorletzten zurückkehrte. Im Jahr 2010 wurde dann die Eindämmung der Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zum vorrangigen Ziel erklärt. Dabei lässt sich gar nicht begründen, warum ausgerechnet ein bestimmter Schuldenstand – unabhängig davon, ob die Schulden im In- oder Ausland, infolge kurzfristiger Arbeitslosigkeit oder für langfristige Investitionen aufgenommen wurden – die Politik diktieren sollte. Mit jedem Politikwechsel vergaßen die Ökonomen wieder, dass ihre Vorgänger zwei Generationen zuvor ganz ähnliche Maßnahmen ergriffen hatten. Gerade jetzt sind wir erneut die Zeugen eines beginnenden Paradigmenwechsels. Er wurde zum Jahreswechsel eingeleitet, als die Spitzen der US-Notenbank Fed und der Bank of England beschlossen, sich auf nominale Wachstumsraten und bestimmte Höchstarbeitslosenquoten als Zielgrößen zu konzentrieren. De facto kehrt man damit zu den Parametern zurück, die in der Ära zwischen den 1940er und 1970er Jahren gültig waren, eine Kreisbewegung politischer Maßnahmen, die den Ökonomen allein deswegen als Neuerung erscheint, weil das Fach über keinerlei historisches Gedächtnis verfügt.

Selbstverständlich bewegt sich die Weltwirtschaft nicht in Kreisläufen ewiger Wiederkehr. Einschneidende Veränderungen stehen bevor. Sie möglichst genau auszumachen, darin besteht die anspruchsvollste Aufgabe der politischen Ökonomie in der gegenwärtigen historischen Stunde. Werden die westlichen Volkswirtschaften nach einem Jahrzehnt konjunktureller Schwäche auf lange Sicht zu einem dauer-

haften Wachstum zurückkehren, oder befinden wir uns auf dem oberen, sich abflachenden Ende einer 300-jährigen S-förmigen Wachstumskurve? Zwar haben Wirtschaftspolitiker alle 20 oder 30 Jahre ihre Prioritäten verändert – mal legten sie den Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, mal auf den Schuldenabbau (und damit die Inflationsbekämpfung), doch lebten sie immer aus der Erwartung fortlaufenden Wirtschaftswachstums. Vor dem Ende des 19. Jahrhunderts war davon keineswegs auszugehen, obwohl die industrielle Revolution dauerhaftes Wachstum durchaus in den Bereich des Möglichen rückte. Die Wirtschaftshistoriker stützen sich auf ein breites Spektrum von Fachliteratur über Wachstum und Entwicklung aus der Zeit unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg und danach auf die wachstumsfördernden Interventionen des Rates der Wirtschaftsberater in den USA und der Planungsbehörden europäischer Regierungen seit Ende der 1940er Jahre. Darüber wird jedoch leicht vergessen, wie unwahrscheinlich die Annahme eines dauerhaften Wachstums war. Zwar feierten die Holländer und Briten das Wachstum (man denke nur an Daniel Defoe und Adam Smith), doch stand im 17. wie meist auch noch im 18. Jahrhundert die Erzeugung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit – nicht etwa von Wachstum – für die Ökonomen im Vordergrund. Immerhin äußerte Smith seine Besorgnis über den »stationären Zustand«, unter dessen Bedingung, so Smith, die Löhne stagnieren und politische Kompromisse schwerer auszuhandeln sind. Die Wachstumsraten im Großbritannien des 18. Jahrhunderts dürften bei einem Prozent pro Jahr gelegen haben, nach Jahrhunderten eher wechselvoller Entwicklungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir uns dagegen an durchschnittliche Wachstumsraten von drei bis vier Prozent gewöhnt, mit zeitweiligen Zuwächsen von fünf Prozent und mehr im Japan, Italien und Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit. Heute sind derart hohe Wachstumsraten charakteristisch für die Schwellenländer in Weltregionen, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zwei Jahrhunderte oder mehr hinterherhinken. Wirtschaftswachstum bedeutet, dass es in der Fiskalpolitik und bei Verteilungskonflikten um die Distribution eines erwarteten Überschusses und nicht eines unsicheren, stagnierenden Volkseinkommens geht. Damit fallen die Konflikte wesentlich milder aus, weil alle beteiligten Parteien etwas abbekommen, wenn auch unterschiedlich viel. Wirtschaftswachstum ist daher die implizite Voraussetzung eines Liberalismus Rawls'scher Prägung.

Allerdings bleiben bei der historischen Betrachtung dieser Entwicklungen zwei Fragen offen. Die erste betrifft die Bedeutung der Globalisierung. Lässt sich die gegenwärtige Krise in den westlichen Ländern noch innerhalb des euro-amerikanischen Rahmens erklären,

oder ist sie bereits Teil des holprigen Übergangs zu einer neuen Weltwirtschaft, in der Asien zwei oder drei Jahrhunderte ökonomischen Rückstands aufholt? Anders gefragt: Müssen wir die derzeitigen Probleme Griechenlands und Spaniens als Teil der Euro-Geschichte begreifen oder als Anfang vom Ende dessen, was Kenneth Pomeranz als die »Große Divergenz« bezeichnet hat? Über Jahrzehnte hinweg konnten die entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften de facto ihre Krisen in die Dritte Welt exportieren. Jetzt sind sie dafür auf ihre eigene europäische Peripherie angewiesen. Es besteht eine gewisse Analogie zu den Ursachen des Ersten Weltkriegs. Kann die weltwirtschaftliche Neupositionierung Amerikas und Europas mit einer holden Fortsetzung des bisherigen Wachstumskurses einhergehen (trotz des asiatischen Aufholprozesses) – oder muss dafür eine verletzliche Region innerhalb ihrer Grenzen gefunden werden, die künftig die Rolle des Opfers übernimmt, die früher den Armen außerhalb ihrer Grenzen vorbehalten war?

Die andere Frage betrifft das alte Rätsel des stationären Zustands. Ist das wirtschaftliche Wachstum tatsächlich ein exponentieller Trend, der sich unendlich fortsetzt, oder handelt es sich um eine 200 Jahre währende Ausnahmeerscheinung auf einem ausgedehnten, weitgehend statischen Plateau allenfalls gradueller technologischer Verbesserungen? Sollten wir in der glücklichen Lage sein, in einem ewig währenden Aufwärtstrend zu leben, dann wäre die gegenwärtige Krise lediglich eine bedauerliche Abweichung vom Trend. Sie wäre dabei längst nicht so katastrophal wie in den 1930er Jahren, als die Wirtschaftsleistung nicht nur stagnierte, sondern dramatisch einbrach. Sollte sich die Menschheit jedoch eher entlang einer sich über 1000 Jahre erstreckenden S-Kurve entwickeln, würden wir derzeit nicht vom Trend abweichen, sondern zu ihm zurückkehren. In diesem Fall sind die Zukunftsaussichten wesentlich düsterer, denn alle unsere politischen Anpassungsstrategien sind von gegebenem Wachstum ausgegangen. In den 1930ern war es, gelinde gesagt, alles andere als einfach, an einem demokratischen Kurs festzuhalten. Was wird geschehen, wenn sich das Wachstum tatsächlich abschwächt oder es nur noch zu einzelnen Wachstumsphasen kommt? Sicher, die Form der Kurve ist keineswegs vorgezeichnet; sie hängt jeweils von aktuellen Entscheidungen ab. Aber je nach ihrem Verlauf müssen wir uns auf ganz unterschiedliche Zukünfte einstellen.

Die politische Ökonomie kann diese Fragen nicht beantworten, weil die tatsächlichen Entwicklungen – im Widerspruch zu Marx' Überzeugungen – in mehrfacher Hinsicht kontingent sind. Gleichwohl ist sie zurückgekehrt, gerade weil sie diese Fragen aufwirft. Sie besteht darauf, dass ökonomische Systeme nicht nur der Logik des

Marktes gehorchen, sondern sich auch der politischen und sozialen Macht beteiligter Interessen beugen. Die politische Ökonomie kehrt also zurück, weil sie uns klarer sehen lässt. Von der gewichtigen Frage »Cui bono?«, die ihre Gegner stets als Ausdruck einer Politik des Neids abtun, lässt sie nicht ab. Dabei ergibt sich diese Frage aus dem politischen Interesse an Gerechtigkeit. Und die Antwort fällt – vielleicht zwangsläufig – stets so aus, dass einige Leute mehr als andere profitieren. Freilich hält die politische Ökonomie die Möglichkeit einer Antwort offen, mit der auch Konservative leben können: dass nämlich eine ungleiche Verteilung der Preis ist, den wir zu entrichten haben, sollen am Ende alle besser dastehen. Letztlich muss die Politik dann zwei Fragen klären: Wie viel Ungleichheit können wir ertragen? Wie viel müssen wir ertragen?

Aus dem Englischen von Nicola Liebert

Summary

Political Economy as an alternative approach to economic reasoning returns to politics and history in periods of economic difficulty. It is a method for stormy times, and thus has reemerged since the current financial crisis began in 2008 – as it had in the 1970s. Political economy approaches imply that factors of production, preeminently capital and labor, are employed and rewarded not just to that point where their marginal returns approach zero, but according to the collective strength that their respective producers can control. Society's rewards – wages and salaries and asset prices – are formed in a political marketplace, not just an economic one. Power counts. Choices can be made.